

Inhaltsverzeichnis

<i>Erstes Kapitel: Sachliche Grundlegung: Probleme und Methoden</i>	1
I. Einleitung.....	1
II. Hinführung und Fragestellungen	3
1. Abgrenzung der Wiederaufnahme von den ordentlichen Rechtsmitteln	5
2. Inhalt des „ne bis in idem“ nach aktuellem Verständnis	5
III. Terminologie.....	8
IV. Forschungsstand	8
V. Darstellungsweise	9
<i>Zweites Kapitel: Historische Grundlegung: Ausgangsbedingungen und die Gesetzgebung vor 1800</i>	11
<i>Drittes Kapitel: Reformdiskussion und Gesetzgebung in den Partikularstaaten im Neunzehnten Jahrhundert</i>	19
I. Bayern.....	20
1. Die ersten Reformversuche durch Kleinschrod.....	21
a) Anfechtung eines lossprechenden Urteils	21
b) Verfahren nach Lossprechung von der Instanz	22
c) Zusammenfassung.....	23
2. Feuerbachs Strafgesetzbuch von 1813	23
a) Grundlagen des Gesetzes von 1813	24
b) Ordentliche Rechtsmittel.....	24

c) Möglichkeiten der Wiederaufnahme zuungunsten des Beschuldigten.....	25
aa) Wiederaufnahme nach Unschuldserkenntnis.....	26
bb) Wiederaufnahme nach Lossprechung	27
cc) Wiederaufnahme nach Entlassung von der Instanz....	29
dd) Wiederaufnahme nach Verurteilung	31
3. Reformversuche in der Zeit des Vormärz	32
a) Gesellschaftspolitischer Hintergrund des E-1831	33
b) Reformkonzepte des E-1831	34
c) Ordentliche Rechtsmittel und Wiederaufnahme nach dem E-1831	35
d) Behandlung des Entwurfs in der Zweiten Kammer	37
4. Reformen in der Revolutionszeit 1848.....	38
a) Politische Rahmenbedingungen	39
b) Inhalt der strafprozessualen Reformgesetze.....	40
c) Exkurs: Die Entwicklung des Strafverfahrensrechts in Frankreich	41
d) Geltung französischen Rechts auf dem linken Rheinufer	45
e) Das Gesetz vom 10. November 1848 für das Königreich Bayern	45
aa) Die Abschaffung der Instanzenbindung	46
bb) Ordentliche Rechtsmittel und Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem Gesetz von 1848	47
5. Reformvorhaben bis zur Einführung der Reichsstrafprozessordnung.....	52

a) Der Entwurf von 1850.....	52
b) Die weitere Entwicklung bis zum Entwurf von 1870	53
6. Zusammenfassung.....	54
II. Baden, Preußen	55
1. Baden	56
a) Das Strafedikt von 1803.....	56
b) Reformen in der Zeit des Vormärz.....	57
aa) Der Entwurf von 1835.....	58
bb) Das Gesetz vom 6. März 1845.....	63
c) Entwicklung nach dem Gesetz von 1845	78
aa) Die ersten Reformen in der Revolutionszeit 1848/49.	78
bb) Das Gesetz von 1851	82
d) Reformen bis zum Inkrafttreten der Reichsstrafprozessordnung – Die StPO von 1864.....	84
aa) Ordentliche Rechtsmittel.....	84
bb) Wiederaufnahme des Verfahrens	84
cc) Begründung der Wiederaufnahmegründe.....	87
dd) Regelung der Zuständigkeit im Wiederaufnahmeverfahren	88
e) Zusammenfassung.....	89
2. Preußen.....	90
a) Die Kriminalordnung von 1805	90
b) Die ersten Reformversuche	92

aa) Wiederaufnahme nach dem E-1828	93
bb) Wiederaufnahme nach dem E-1829	94
cc) Schicksal des Entwurfs und weitere Reformversuche	95
c) Der Wendepunkt in der Preußischen Strafprozessgesetzgebung	96
aa) Das Gesetz für das Kammer- und Kriminalgericht zu Berlin von 1846	98
bb) Die Verordnung vom 3. Januar 1849	104
cc) Der Entwurf von 1851	109
dd) Das Gesetz vom 3. Mai 1852	111
ee) Strafprozessordnung von 1867 für die neuen Landesteile.....	112
d) Zusammenfassung.....	115
III. Sachsen, Württemberg.....	117
1. Sachsen.....	117
a) Der Entwurf einer Strafprozessordnung von 1842	117
b) Reformen bis zur StPO von 1855.....	119
c) Die StPO von 1855	120
aa) Ordentliche Rechtsmittel.....	120
bb) Wiederaufnahme des Verfahrens.....	121
cc) Leitgedanken der Wiederaufnahmebestimmungen ..	125
d) Revidierte Strafprozessordnung von 1868.....	127
aa) Abschaffung der zweiten Tatsacheninstanz	127

bb) Wiederaufnahme des Verfahrens	127
e) Zusammenfassung	128
2. Württemberg	129
a) Die ersten Reformversuche	129
b) Reformversuche bis zur Einführung der provisorischen Strafprozessordnung von 1843	132
aa) Der Entwurf von 1839	132
bb) Die Behandlung und Diskussion des E-1839	133
cc) Die StPO von 1843	135
c) Entwicklung in der Revolutionszeit 1848/49	136
d) Die Strafprozessordnung vom 17. April 1868	138
aa) Beratung in der Gesetzgebungskommission	141
bb) Endgültige Fassung der Vorschrift auf Anraten des Justizdepartements	143
e) Zusammenfassung	144
<i>Viertes Kapitel: Bis zur Reichsstrafprozessordnung vom 1. Februar 1877 ..</i>	<i>147</i>
I. Die ersten Entwürfe einer Strafprozessordnung für den Norddeutschen Bund	147
II. Entwurf einer Deutschen Strafprozeß-Ordnung vom Januar 1873	149
1. Grundlagen des E-1873	150
2. Ordentliche Rechtsmittel	151
3. Wiederaufnahme der Untersuchung	152
III. Die Beratungen der Kommission und der revidierte Entwurf vom Juli 1873	154

1. Anträge auf Einschränkung der Wiederaufnahme zum Nachteil des Angeklagten.....	155
2. Aufnahme des Wiederaufnahmegrundes des gerichtlichen oder außergerichtlichen Geständnisses und gesetzliche Verankerung des „ne bis in idem-Grundsatzes“	156
IV. Verhandlungen im Justizausschuss des Bundesrates 1874	157
V. Behandlung des Entwurfs im Reichstag und im Bundesrat	159
1. Beratung der StPO-Vorlage im Plenum des Reichstags.....	160
2. Erste Lesung in der Reichstagskommission	160
a) Beschränkung auf die Wiederaufnahme zuungunsten eines Freigesprochenen?	161
b) Die Diskussion des § 323 Ziff. 4 E-1874	162
aa) Streichung des außergerichtlichen Geständnisses	162
bb) Voraussetzung eines glaubwürdigen Geständnisses bzw. eines Geständnisses seiner Schuld	163
3. Beratung im Justizausschuss des Bundesrats (April 1876)	164
4. Zweite Lesung in der Reichstagskommission	165
a) Zulassung der Berufung?	165
b) Wiederaufnahme des Verfahrens	166
aa) Begrenzung auf den freigesprochenen Angeklagten	167
bb) Begrenzung des § 323 Nr. 2 auf die vorsätzliche Verletzung der Eidespflicht?	167
cc) Die Diskussion des § 323 Nr. 4.....	168
5. Beratung durch den Justizausschuss des Bundesrats im Oktober 1876.....	172

6. Wiederholte Beratung in der Justizkommission des Reichstages.....	172
a) Ersetzung des Geständnisses „der Schuld“?	172
b) Beibehaltung des Wortes „glaubwürdig“?	174
7. Beratung im Plenum des Reichstages	175
VI. Die Reichsstrafprozessordnung vom 1. Februar 1877.....	175
VII. Zusammenfassung.....	177
VIII. Vorschläge in der Literatur im Vorfeld der RStPO.....	178
1. Gesetzliche Verankerung des „ne bis in idem“- Grundsatzes	178
2. Einführung eines allgemeinen Wiederaufnahmegrundes aufgrund neuer Tatsachen und Beweismittel zuungunsten des Angeklagten	180
IX. Beurteilung des § 402 RStPO im Schrifttum	182
1. Zulässigkeit der Wiederaufnahme zum Nachteil des Verurteilten?.....	183
2. Lücke in § 402 Nr. 3	184
3. Beschaffenheit des Freispruchs und des Geständnisses im Sinne von § 402 Nr. 4	184
<i>Fünftes Kapitel: Bis zum Ersten Weltkrieg</i>	185
I. Reformanträge in den Reichstagen in den Jahren 1883 bis 1905.....	187
II. Die Bundesratsvorlage (1908) und die Reichstagsvorlage (1909) einschließlich der Kommissionsberatungen.....	190
1. Ordentliche Rechtsmittel.....	190
2. Wiederaufnahme des Verfahrens	191

a) Wiederaufnahme aufgrund strafbarer Amtspflichtverletzung eines Richters, Schöffen oder Geschworenen	191
b) Wiederaufnahme aufgrund einer Falschaussage bzw. Urkundenfälschung	193
c) Wiederaufnahme aufgrund eines glaubwürdigen Geständnisses	196
d) Antrag auf Aufnahme eines § 354a.....	197
3. Schicksal des Entwurfs nach der Kommissionsberatung	198
III. Reaktionen auf die Entwürfe	199
IV. Zusammenfassung	201
<i>Sechstes Kapitel: Weimarer Republik</i>	203
I. Reformversuche 1919.....	204
II. Reformen in den Jahren 1922 bis 1924.....	207
III. Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz (1930)	208
1. Intention des Entwurfs	208
2. Reform der Wiederaufnahme in der Vorlage vom 11. April 1929	209
3. Die Wiederaufnahmegründe zuungunsten des Angeklagten in der Reichstagsvorlage von 1930	212
IV. Diskussion auf dem Sechsendreißigsten Deutschen Juristentag 1931	214
V. Reformen bis zum Zerfall der Weimarer Republik.....	219

<i>Siebtens Kapitel: NS-Zeit</i>	221
I. Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafverfahrens und des Gerichtsverfassungsgesetzes von 1935.....	222
II. Der Entwurf einer Strafverfahrensordnung von 1936.....	223
1. Die Reformarbeiten der Kleinen Strafprozesskommission	223
a) Der Vorschlag Doerners.....	224
b) Der Vorschlag Cuhorsts	225
c) Der erste Entwurf einer neuen Strafprozessordnung.....	226
d) Die weitere Beratung bis zur Vorlage des Entwurfs im Februar 1936	227
e) Die weitere Behandlung des Entwurfs vom Februar 1936	229
2. Stellungnahmen zur StPO-Reform	230
a) Denkschrift des NS-Rechtswaherbundes.....	230
b) Stellungnahmen der Akademie für Deutsches Recht zum E-1936.....	233
c) Literatur.....	235
aa) Die Diskussion über die Auflockerung der Rechtskraftwirkung	235
bb) Konkrete Ausgestaltung der Wiederaufnahmebestimmungen	237
III. Die Arbeiten der Großen Strafprozesskommission.....	240
1. Die Diskussion um die generelle Ausdehnung der Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten.....	241

2. Einschränkungsversuche der Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten aufgrund neuer Tatsachen oder Beweismittel...	245
3. Die Diskussion über die konkrete Ausgestaltung der Wiederaufnahmegründe	247
a) § 335 des E-1936	247
b) § 336 des E-1936.....	248
c) Wiederaufnahme aufgrund einer Amtspflichtsverletzung.....	250
4. Weitere Behandlung des Entwurfs nach Abschluss der ersten Lesung.....	251
a) Grundsätzlicher Gleichlauf der Voraussetzungen der Wiederaufnahme zugunsten und zuungunsten?	251
b) Einschränkung der Wiederaufnahme aufgrund neuer Tatsachen oder Beweismittel?.....	252
c) Wiederaufnahme wegen unzulässiger Strafe	254
IV. Vorlage des Entwurfs von 1939.....	255
V. Das Schicksal des Entwurfs von 1939	259
VI. Die Kriegsgesetzgebung	259
VII. Zusammenfassung	261
<i>Achtes Kapitel: Die ersten Reformen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs</i>	<i>263</i>
I. Verfassungsrechtliche Verankerung des „ne bis in idem-Grundsatzes“	264
II. Das Rechtsvereinheitlichungsgesetz von 1950	265

<i>Neuntes Kapitel: Reformdiskussion und Gesetzgebung ab den 1960er Jahren</i>	269
I. Das Strafprozessänderungsgesetz von 1964	269
II. Reformversuche und Diskussion ab den 1970er Jahren.....	269
1. Denkschrift der Bundesrechtsanwaltskammer	270
a) Angleichung der Voraussetzungen der Wiederaufnahme zuungunsten an diejenige zugunsten?	271
b) Einschränkung der bestehenden Wiederaufnahmegründe zuungunsten des Angeklagten	271
2. Die Gesetzgebungstätigkeit.....	272
3. Wissenschaftliche Diskussion zur Reform des Wiederaufnahmerechts.....	273
a) Abschaffung der Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten?	274
b) Reform der Wiederaufnahmegründe zuungunsten des Angeklagten?	278
aa) Begrenzung der Wiederaufnahme zuungunsten auf Verbrechen?.....	278
bb) Begrenzung des § 362 Nr. 4 auf das gerichtlich abgelegte Geständnis	278
cc) Ersetzung des Geständnisses durch neue Tatsachen und Beweismittel?	279
c) Verfassungsmäßigkeit der Reform der Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten?.....	280
d) Zeitliche Begrenzung der Wiederaufnahme zuungunsten	284

XVIII

Inhaltsverzeichnis

<i>Zehntes Kapitel: Reformvorhaben ab den 1990er Jahren bis heute</i>	284
I. Entwurf der SPD Fraktion von 1993	285
II. Entwurf der SPD Fraktion 1996	287
III. Reaktionen auf die Entwürfe	288
IV. Reformversuche in den Jahren 2004-2006.....	290
V. Entwurf eines Gesetzes zur Reform des strafrechtlichen Wiederaufnahmerechts von 2007	291
1. Debatte im Bundesrat (Oktober 2007)	291
2. Inhalt des Entwurfs und dessen Begründung	293
3. Behandlung des Entwurfs im Rechtsausschuss des Bundestags ..	294
4. Stellungnahmen des Deutschen Anwaltvereins, der Bundesrechtsanwaltskammer und der Strafverteidigervereinigungen	301
a) Verfassungswidrigkeit der Reform	301
b) Systemwiderspruch zur bisherigen Regelung	302
c) Einzelne Kritikpunkte an § 362 Nr. 5 E-2007	303
aa) Unbestimmtheit	303
bb) DNA-Analyse	303
cc) Begrenzung auf Mord und Völkermord	304
dd) Befürchtung eines „Dammbruchs“	304
d) Rechtsvergleich mit anderen Ländern.....	305
5. Weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen zum E-2007	305
VI. Entwurf von 2010	308

1. Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit der Reform	308
2. Kein Systemwiderspruch zu bestehenden Wiederaufnahmegründen	310
3. Völker- und europarechtliche Vereinbarkeit	312
4. Rechtslage in anderen Ländern	313
VII. Bericht der Expertenkommission 2015	313
VIII. Große Anfrage der CDU Fraktion an die niedersächsische Landesregierung.....	314
IX. Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags.....	315
1. Vereinbarkeit mit Art. 103 Abs. 3 GG	315
2. Vereinbarkeit mit dem Rückwirkungsverbot	316
3. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG	317
X. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die Neunzehnte Legislaturperiode und die aktuelle Diskussion	317
<i>Elftes Kapitel: Zusammenfassung und Würdigung</i>	321
I. Zusammenfassung	321
II. Entwicklung der StPO als Spiegel gesellschaftspolitischer Ereignisse des 19. Jahrhunderts?	328
III. Auswirkung der grundlegenden Reformen des Strafverfahrensrechts auf die Wiederaufnahmevorschriften.....	331
1. Wiederaufnahme nach rechtskräftiger Entscheidung vs. „Wiederaufnahme“ nach Verfahrenseinstellung	331
2. Auswirkungen des mündlichen Verfahrens mit freier richterlicher Beweiswürdigung	334

XX

Inhaltsverzeichnis

3. Auswirkung der Einführung des Geschworenengerichts 335

4. Auswirkungen auf die RStPO 336

IV. Gerechtigkeit vs. Rechtssicherheit..... 337

V. Kontinuität344

ANHANG

Literaturverzeichnis 349

Quellenverzeichnis 369